

Informationen aus Europa, Bund, Ländern, Unternehmen, Vereinen und Verbänden

BAGSO:

Stellungnahme: Referentenentwurf zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes enttäuscht

Die geplante Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Lücken im Schutz gegen Altersdiskriminierung blieben bestehen, schreibt die BAGSO in ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf von Bundesseniorenministerium und Justizministerium, der ihr und anderen Verbänden übermittelt wurde. Der vorgelegte Gesetzesentwurf werde damit seinem Anspruch, die Gleichbehandlung aller Menschen nachhaltig zu sichern, „nicht ansatzweise gerecht“. Die BAGSO appelliert an die Bundesregierung, die AGG-Reform nachzubessern. Besonders problematisch ist, dass das Benachteiligungsverbot im Zivilrechtsverkehr weiterhin auf Massengeschäfte beschränkt bleibt. Banken und Sparkassen können Seniorinnen und Senioren damit weiterhin Kredite verweigern, selbst wenn diese über ausreichende Sicherheiten verfügen. Auch können Versicherungen Prämien ab dem 65. oder 70. Lebensjahr massiv erhöhen, ohne dass die Berechnungsgrundlagen transparent gemacht werden müssen. Die BAGSO verlangt eine Transparenzpflicht bei Versicherungen. Konkret sollten Risikokalkulationen zumindest gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) offengelegt werden müssen, um willkürliche Benachteiligungen zu verhindern. Wichtig ist zudem, den Anwendungsbereich des AGG auf automatisierte Entscheidungsverfahren auszudehnen, denn diese sogenannten Algorithmen bergen ein hohes Risiko der Altersdiskriminierung. Schließlich sind analoge Zugangsmöglichkeiten zu Dienstleistungen sicherzustellen. Die dringend notwendige Digitalisierung der Gesellschaft darf nicht zu einer Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen ohne Internet führen. Betroffen sind neben Menschen im höheren Lebensalter auch Personen mit geringem Einkommen. Als positiv bewertet die BAGSO, dass das Merkmal „Alter“ im Gesetzestext durch den Begriff „Lebensalter“ ersetzt wurde, denn alte und junge Menschen müssen gleichermaßen vor sachlich unbegründeten Ungleichbehandlungen geschützt werden.

https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/01_News/Aktuelles/2026/BAGSO_Stellungnahme_AGG-Reform.pdf

Elektronische Patientenakte: Verbesserungen dringend nötig

Die elektronische Patientenakte (ePA) wird bisher nur von wenigen Versicherten aktiv genutzt. Um die Akzeptanz der ePA nicht nur bei älteren Menschen zu erhöhen, fordert die BAGSO eine einheitliche Gestaltung der ePA, die eine einfache und intuitive Bedienung ermöglicht. In ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen fordert die BAGSO zudem die flächendeckende Einführung von niedrigschwelligen Bildungsangeboten, um die digitalen Kompetenzen älterer Menschen zu fördern. Daneben ist ein Angebot zur individuellen und verlässlichen Beratung vor Ort im Sozialraum notwendig.

Nur ein klares und verständliches Design ermöglicht es, dass die ePA auch von Patientinnen und Patienten mit geringen technischen Vorkenntnissen genutzt werden kann. Nach Ansicht der BAGSO sollte die gematik Vorgaben für eine standardisierte und barrierefreie Gestaltung der ePA machen. Zudem sollten unterstützende Funktionen in die ePA integriert sein, wie z.B. Erläuterungen zu den Freigabeoptionen und Widerspruchsmöglichkeiten in leicht verständlicher Sprache. Die BAGSO setzt sich zudem für eine Stärkung der informellen Selbstbestimmung bei digitalen Gesundheitsdaten ein. So muss eine differenzierte Datenfreigabe möglich sein. Insbesondere sollte eine separate Ablehnung der Datenverarbeitung durch KI-Systeme ermöglicht werden. Patientinnen und Patienten sollten selbst entscheiden können, ob ihre Daten in der kommerziellen und nicht-kommerziellen Forschung genutzt werden dürfen. Ein Widerspruch muss stets auch auf analogem Weg möglich sein.

https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/01_News/Aktuelles/2026/BAGSO-Stellungnahme_GeDIG_260513.pdf

Europäisches Informationszentrum Rostock EIZ:

EIZ bietet neutrales und überparteiliches Vortragsangebot für interessierte Bürgerinnen an

Im Vorfeld der Landtagswahl 2026 in Mecklenburg-Vorpommern bietet das Europäische Informationszentrum Rostock (EIZ Rostock) ein neutrales und überparteiliches Vortragsangebot für interessierte Bürgerinnen und Bürger an. Das Angebot richtet sich besonders an Bildungseinrichtungen, Vereine, Verbände und weitere interessierte Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Vortrag wird verständlich und anschaulich erklärt:

- Was ist der Landtag Mecklenburg-Vorpommern?
- Welche Aufgaben hat der Landtag?
- Wie funktioniert die Landtagswahl?
- Welche Bedeutung haben Erststimme und Zweitstimme?
- Welche Themen werden auf Landesebene entschieden?
- Was unterscheidet Landespolitik von Bundespolitik?
- Welche Rolle spielen europäische Themen auf Landesebene?
- Die Parteien, ihre Wahlschwerpunkte sowie die Spitzenkandidierenden

Der Vortrag dauert etwa 90 Minuten und enthält Zeit für Fragen, Austausch und Diskussion. Die Inhalte können an die jeweilige Gruppe angepasst werden. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Er eignet sich auch für Erstwähler*innen. Das Ziel ist es, politische Prozesse verständlich zu machen und Bürgerinnen und Bürger dabei zu unterstützen, sich gut informiert mit der Landtagswahl 2026 auseinanderzusetzen.

Gerne können Vororttermine abgestimmt werden.

<https://www.eiz-rostock.de/>

Landtag M-V:

Das 14. Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern wird vorbereitet

Am 27. Mai 2026 hat sich im Schweriner Schloss das Organisationskomitee des 14. Altenparlamentes des Landtages Mecklenburg-Vorpommern gebildet.

Das zwölfköpfige Gremium hat sich unter Leitung der Ersten Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Beate Schlupp konstituiert. Die Berufung der Mitglieder erfolgte durch Landtagspräsidentin Birgit Hesse unter Mitwirkung des Landesseniorenbeirates Mecklenburg-Vorpommern. Mit der Konstituierung des Organisationskomitees können nun die Vorbereitungen für das im Juni 2027 geplante 14. Altenparlament beginnen. Das Organisationskomitee ist für die inhaltliche Konzeption des Altenparlamentes verantwortlich. Dem Gremium gehören Seniorinnen und Senioren verschiedener landesweit tätiger Vereine, Verbände und Institutionen an. Ziel ist es, dem 14. Altenparlament im Juni 2027 Leitanträge und eine Resolution als Grundlage für die Beratungen vorzulegen.

<https://www.landtag-mv.de/aktuelles/artikel/das-14-altenparlament-mecklenburg-vorpommern-wird-vorbereitet>

Land M-V:

Anleitung Engagementportal – Ehrenamt sichtbar machen und Mitstreiter gewinnen!

Das Ehrenamt lebt davon, dass zwei entscheidende Puzzleteile zusammengeführt werden: die Vereinslandschaft auf der einen und die am Ehrenamt Interessierten auf der anderen Seite. Viele Vereine suchen engagierte Menschen – und viele möchten sich einbringen. Genau hier setzt das neue landesweite Engagementportal an. Angebot und Nachfrage soll so einfach wie möglich zusammenkommen.

Künftig soll das nicht mehr nur punktuell vor Ort gelingen, sondern das ganze Jahr über auch auf digitalem Weg. Dafür baut die Landesregierung auf Basis der bewährten Technologie der Aktion Mensch eine moderne Plattform für Mecklenburg-Vorpommern auf. Ein Kartendienst zeigt künftig genau, wo eine helfende Hand gebraucht wird und wo sich Vereine über Unterstützung freuen. Noch ist das zentrale landesweite Portal im Aufbau. Damit das Portal wirken kann, braucht es Ihre Angebote. Tragen Sie Ihre Engagementmöglichkeiten ein und werden Sie Teil dieses wachsenden Netzwerks.

Wie das funktioniert wurde in einer Kurzanleitung zusammengestellt.

https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1688320

Gesundheitsministerium setzt Rahmenplan des neuen Krankenhausplans in Kraft

Mit der Krankenhausreform auf Bundesebene wird die Krankenhausplanung künftig auf sogenannte Leistungsgruppen umgestellt. Mecklenburg-Vorpommern schafft dafür jetzt mit der Inkraftsetzung des Rahmenplans des neuen Krankenhausplans eine entscheidende Grundlage, teilte Gesundheitsministerin Stefanie Drese mit.

„Mit dem Rahmenplan verfügen wir über eine moderne, transparente und rechtssichere Krankenhausplanung. Statt starrer Bettenkapazitäten wird die Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern künftig anhand von bundeseinheitlichen Leistungsgruppen geplant und gesteuert. Wir haben damit unsere Hausaufgaben gemacht, um die stationäre medizinische Versorgung im Land flächendeckend, qualitativ hochwertig und wirtschaftlich tragfähig sicherzustellen“, erklärte Drese.

Bereits zuvor wurde das Landeskrankenhausgesetz angepasst. Zudem ist auch die neue Verordnung zur Krankenhausplanungssystematik und den Auskunftspflichten der Krankenhäuser veröffentlicht worden. Mit dem nun vorliegenden Rahmenplan wird der letzte formale Schritt vollzogen, um künftig Leistungsgruppen rechtssicher den Krankenhäusern zuweisen zu können.

Der Krankenhausplan gliedert sich künftig in zwei Teile: den Rahmenplan mit allen grundlegenden Vorgaben und Kriterien der Krankenhausplanung sowie die Einzelpläne, in denen die konkreten Versorgungsaufträge der Krankenhäuser festgelegt werden.

Neben der Einführung von Leistungsgruppen und deren Einteilung in Versorgungsstufen gehören aktualisierte Ziele zur Wirtschaftlichkeit und Resilienz der Krankenhäuser, eine stärkere Berücksichtigung der Daseinsvorsorge insbesondere im ländlichen Raum, klar definierte Planungsverfahren sowie neue Versorgungsanalysen und Bedarfsprognosen für somatische und psychiatrische Angebote zu den zentralen Neuerungen.

Rahmenplan des Landeskrankenhausplans Mecklenburg-Vorpommern 2026 unter:

<https://www.regierung-mv.de/static/Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Soziales%2c%20Integration%20und%20Gleichstellung/Dateien/Dateien/gesundheit/Krankenhausplan%20Mecklenburg-Vorpommern%202026.pdf>

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.:

Projekt Kompetenznetz Einsamkeit

Das Kompetenznetz Einsamkeit (KNE) setzt sich mit den Ursachen und Folgen von Einsamkeit auseinander und fördert die Erarbeitung und den Austausch über förderliche und hinderliche Faktoren in der Prävention von und Intervention bei Einsamkeit in Deutschland. Dazu verbindet das KNE Forschung, Netzwerkarbeit und Wissenstransfer. Das Projekt hat zum Ziel, das bestehende Wissen zum Thema Einsamkeit zu bündeln Wissenslücken zu schließen und gewonnene Erkenntnisse in die politische und gesellschaftliche Praxis einfließen zu lassen.

<https://kompetenznetz-einsamkeit.de/>

Techniker Krankenkasse:

Forsa-Befragung: Menschen im Nordosten bevorzugen spezialisierte Krankenhäuser

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern unterstützen die Spezialisierung der Krankenhauslandschaft. Wenn es um die Behandlung einer aufwändigen Erkrankung geht, würden 88 Prozent der Menschen in unserem Bundesland lieber in eine weit entfernte Spezialklinik reisen, als das nächstgelegene Krankenhaus zu nutzen. Der Personenanteil wird unter den Menschen, die in Haushalten mit mehreren Personen leben noch größer: In Partnerschaften oder Mehrfamilienhaushalten lebende Befragte gaben zu 90 beziehungsweise 91 Prozent an, lieber eine spezialisierte Einrichtung zu wählen. Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Forsa-Befragung im Auftrag der Techniker Krankenkasse.

<https://www.tk.de/presse/themen/medizinische-versorgung/krankenhausversorgung/forsa-befragung-krankenhaus-mecklenburg-vorpommern-2217462>

Vision-Age Studenteam:

Studie „Vision-Age“ – Digitale Gruppentherapie für ältere Menschen

Im Rahmen der Studie werden deutschlandweit Teilnehmer:innen ab 68 Jahren mit depressiven Symptomen gesucht. Untersucht wird die Wirksamkeit einer digitalen Gruppentherapie, die speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten ist und sowohl depressive Beschwerden als auch begleitende Ängste adressiert. Das zugrunde liegende Psychotherapiemanual basiert auf dem bewährten Konzept der Lebensrückblicktherapie.

Die Teilnahme ist deutschlandweit möglich und findet vollständig digital statt. Dadurch möchten wir einen niedrigschwelligen Zugang zu unserem Behandlungsangebot sicherstellen und bieten bei Bedarf technische Unterstützung an. Die Teilnehmenden müssen lediglich über WLAN und einen Computer/ Tablet verfügen. Eine Aufnahme in die Studie ist voraussichtlich noch mindestens bis Ende 2026 möglich. Eine Kleingruppe besteht aus vier Teilnehmenden und wird von einer festen Gruppenleitung begleitet. Gemeinsam durchlaufen die Gruppen ein strukturiertes Programm mit 20 wöchentlichen Sitzungen.

Vision-Age verfolgt das Ziel, älteren Menschen einen niedrigschwelligen und gut erreichbaren Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung zu ermöglichen. Durch das digitale Format können Hürden wie eingeschränkte Mobilität oder lange Wartezeiten reduziert werden, während das Gruppensetting gleichzeitig Austausch, Unterstützung und soziale Verbundenheit fördert. Weitere Informationen auf der Website:

www.vision-age.de

Volkssolidarität:

Stellungnahme zur Bestimmung des Rentenwertes 2026

Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente bleibt 2026 bei 48 Prozent – aus Sicht der Volkssolidarität deutlich zu niedrig. Trotz Rentenerhöhungen bleibt Altersarmut ein Problem. Gefordert wird ein Ausgleich früherer Kürzungen, etwa durch eine pauschale Rentenerhöhung um 10 Prozent, besonders relevant für Ostdeutschland.

<https://www.volkssolidaritaet.de/beitraege/sozialpolitik-volkssolidaritaet-nimmt-zur-bestimmung-des-rentenwertes-2026-stellung/>